## Mediendienst

Stuttgart, 17. August 2011



## Bullinger und Haußmann - FDP lehnt Nationalpark Nordschwarzwald ab

Bei Ausweisung von Schutzgebieten muss regionale Entwickung gewährleistet bleiben - Die stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Friedrich Bullinger und Jochen Haußmann, lehnen einen Nationalpark Nordschwarzwald ab. Wie die beiden FDP-Politiker auf einer Landespressekonferenz erklärten, müssen Nationalparke nach internationalen Kriterien eine Mindestfläche von 10.000 Hektar mit einer Kernzone von 75 Prozent haben, die großräumig, nicht zerschnitten und besonders schützenswert ist. Ihre Attraktivität ergibt sich aus der besonderen Flora und Fauna.

Dabei stehen die Kernzonen unter absolutem Schutz. Sie sollen sich laut Bundesnaturschutzgesetz "in einen Zustand entwickeln, der einen möglichst ungestörten Ablauf der Na-turvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik gewährleistet." Bullinger: "Das bedeutet, dass min-destens 7500 Hektar sich selbst und auch dem Borkenkäfer überlassen werden." Eine regionale Festlegung auf den Nordschwarzwald mache im Übrigen keinen Sinn. Der Naturschutz muss bei der Ausweisung von Großschutzgebieten im Vordergrund stehen. Dass die Waldgebiete des Nordschwarzwalds überwiegend im Staatsbesitz und dort möglicherweise die wenigsten Widerstände zu erwarten seien, darf kein Auswahlkriterium sein, so Bullinger und Haußmann. Nach den Worten von Bullinger ist der Nordschwarzwald seit Jahrhunderten eine von Menschen geprägte Kulturlandschaft. Die Region schöpft aus diesem Gebiet nahezu vollständig ihre Wirtschaftskraft. Tourismus, Forst- und Holzwirtschaft sind wesentliche Einkommensfaktoren. Der Nordschwarzwald ist auch ein bedeutendes Wasserreservoir. Der drohenden Versauerung des Bodens wird mit umfangreichen Schutzmaßnahmen entgegengewirkt. In einem Nationalpark ist dies ausgeschlossen. Der Nordschwarzwald ist gerade aufgrund seines Zusammenwirkens von Natur, Mensch und Wirtschaft höchst attraktiv und schützenswert. Die Ausweisung eines Nationalparks bringe jedoch eine grundlegende Veränderung der Kulturlandschaft mit sich. Zwangsläufig müssten Betretungsverbote in nahezu sämtlichen Bereichen ausgesprochen werden. Bullinger: "Dies bedeutet wirtschaftlichen Stillstand, das heißt eine Käseglocke über der Region." Völlig unsinnig sei die Forderung, den Nordschwarzwald in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren komplett umzubauen, um damit den Fichtenwald zu beseitigen. Dies würde eine großflächig Abholzung und eine Zerstörung der vorhandenen geschützten Flora und Fauna bedeuten. Bullinger: "Wenn wir auf den Nutzen einer nachhaltigen Waldwirtschaft verzichten, verzichten wir jährlich auf eine CO2-Minderung, die pro Hektar 2000 bis 3000 Litern Heizöl entspricht. Ich sage: Statt Totholz, lieber Pellets. "Bullinger: "Ein Nationalpark bringt für die Natur und für die gesamte Region mehr Nachteile als Vorteile. Beste Erfahrungen im Sinne des Naturschutzes und der Akzeptanz durch die Bürger gibt es beispielsweise im Biosphärengebiet auf der

## Mediendienst

Stuttgart, 17. August 2011



Schwäbischen Alb. Dort wurde aufgezeigt, wie moderner Naturschutz unter dem Motto Natur und Mensch funktioniert. "Nach den Worten von Bullinger würde Rot-Grün bei der Durchsetzung eines Nationalparks gegen den Widerstand der Bürger seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Der Ausbau der regenerativen Energien, naturnaher Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung, Schutz der bestehenden Kulturlandschaften findet in einem Nationalpark in großen Bereichen nicht mehr statt. Die FDP-Landtagsfraktion fordert eine landesweite Prüfung und Bewertung weiterer möglicher Schutzgebiete. Bullinger: "Die Erfahrungen aus dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, das über die Grenzen des Landes Anerkennung findet, haben gezeigt, Natur und Mensch bilden eine gleichwertige Lebensgemeinschaft." Schon die schwarz-gelbe Vorgängerregierung habe in ihrer Naturschutzstrategie 2020 für Baden-Württemberg die Einrichtung eines weiteren Schutzgebietes beschlossen. "Die Beteiligung und Aufklärung der Betroffenen über die Auswirkungen eines Schutzgebietes und eine anschließende Bürgerbefragung sollte dabei selbstverständlich sein."